

# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr.  
Bezugspreis wird monatlich festgesetzt.  
Bestellungen nehmen alle Postämter und die Zeitungsverleger, die Zeitungsboten und die Geschäftsstelle Torquaterstr. 3, entgegen.  
In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung u. dgl. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung beim Rückzahlung des Bezugspreises.

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Amtliches  
Publikations-Organ



für Amts- und  
Gemeinde-Behörden

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für anderhalb Wohnende 10 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einsch. Umrahmung. Schmälerer und tabellarischer Satz mit Aufschlag.  
Anzeigen entgegengenommen bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher eingegeben.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbesohalle.

Nr. 136.

Sonnabend, den 12. November 1932.

35. Jahrg.

## Bedeutende englische Erklärung in der Abrüstungsfrage Deutschlands Forderung zum Teil anerkannt

Am Londoner Unterhaus gab der englische Außenminister Simon eine bemerkenswerte Erklärung zur Frage der deutschen Gleichberechtigung. U. a. erklärte er:

Die Frage der deutschen Gleichberechtigung verdient die volle Aufmerksamkeit aller, die wirksam für eine Verständigung und den europäischen Frieden arbeiten wollen. Es müßte eine Zusammenkunft stattfinden, auf der die Grundlage gelegt werden müßte, damit Deutschland zur Abrüstungskonferenz zurückkehren könne, zu seiner eigenen Ehre und zum Vorteil aller. Das Wichtigste an dem französischen Abrüstungsplan sei, daß er eine endgültige Vermählung darstelle, der deutschen Gleichberechtigungsforderung entgegenzukommen. Der Vorschlag, alle Festlandshere in Europa auf der kürzestmöglichen Frist aufzulösen, sei auf jeden Fall im Sinne der Gleichberechtigung. Er sei im Teil V des Versailler Vertrages Deutschland und in anderen Verträgen anderen Mächten auferlegten Abrüstungsbeschränkungen seien — ob stua oder unfuga — jederzeit als Mittel zur Sicherung des Friedens unter den damaligen Umständen vorgeschrieben worden.

Es sei ohne Zweifel richtig, daß die Deutschland auferlegten Beschränkungen als Vorläufer einer allgemeinen Abrüstungskonferenz beabsichtigt und auch so ausgedrückt worden seien.

Wenn nun ein Abkommen zwischen den Nationen der Welt über eine Entschärfung und Begrenzung der Abrüstungen behandelt würde, so fordere Deutschland sehr zu wünschen, daß die Beschränkungen für alle Nationen gleichmäßig und Giltigkeit hätten und künftig haben würden, ihrer Natur nach in Zukunft nicht mehr von den Beschränkungen, die für andere Staaten gelten, verschieden sein sollen. Die englische Regierung glaube, daß gleichzeitig mit einem gerechten Entgegenkommen gegenüber Deutschlands Forderung

nach Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer feierlichen Verpflichtung vereinigen sollten, daß sie unter keinen Umständen verhindern würden, irgendwelche gegenwärtigen oder zukünftigen Meinungsverschiedenheiten unter sich auf dem Wege der Gewalt lösen zu wollen. Die Anerkennung des moralischen Rechts auf Gleichberechtigung mit anderen Staaten lege Deutschland gleichzeitig mit anderen Völkern die Pflicht auf, sich dieser Verpflichtung zu unterziehen. In der Annahme, daß eine solche Verpflichtung abgegeben werde, wünschte er, davon die Meinung seiner Regierung dahin klarzulegen, daß der deutschen Gleichberechtigungsforderung entgegengekommen werden soll.

Simon wies dann absehbend auf folgende wichtigen Punkte hin: Nach seiner Meinung müßten die künftigen deutschen Abrüstungsbeschränkungen in derselben Weise sein wie die Abrüstungsbeschränkungen für die anderen Staaten festgelegt, enthalten sein. Das heißt, daß die Abrüstungsbeschränkungen des Teiles V des Versailler Vertrages abgelehrt werden sollten.

Die englische Regierung sei ferner der Ansicht, daß die neuen Bestimmungen für die Abrüstung Deutschlands denselben Revisionsmethoden und derselben Dauer wie die anderen Abrüstungen unterliegen. Es wäre keine praktische Politik, wollte man jetzt eine ständige Beschränkung für ein großes Volk vorschreiben, während man für die anderen Staaten nur eine sehr begrenzte Geltungsdauer fordere.

Deutschland habe erklärt, daß es nicht wieder aufrüsten wolle und schließlich die Anerkennung des Grundgesetzes wünsche, daß die anderen Völkern erlaubten Waffenentlastung nicht ihm selbst verboten seien. Dieser Grundgedanke müsse in der neuen Vereinbarung anerkannt werden. Wie er angegeben werden solle, müsse in Genf erörtert werden. Es sei durchaus wichtig, daß Deutschland an diesen Besprechungen teilnehme.

Was den Wortlaut des französischen Planes angeht, so glaubt man in der französischen Presse darauf hinweisen zu müssen, daß an keiner Stelle die Rede von einer Rückkehr zur Gleichberechtigung sei. Der französische Plan erkläre die Gleichheit der Sanktionen in der Abrüstungsfrage, nicht aber die zahlenmäßige Gleichheit dieser Sanktionen.

Es könne z. B. unter keinen Umständen die Rede von einer Wiederaufrüstung Deutschlands sein. Ebensovornig erwiderte er Deutschland, unter dem Vorwand der Gleichberechtigung zu Lande, zu Wasser aber in der Luft eine Streitmacht zu besitzen, die derjenigen irgendeiner anderen Mächte gleichkomme.

Selbstfalls wird die Reichsregierung erst die Veröffentlichung der französischen Vorklässe abwarten müssen, ehe sie erneut Stellung nimmt zu der Frage, ob Deutschland wieder nach Genf gehen soll.

Als Beitrag dazu, wieviel in gewissen politischen Kreisen des Auslands noch der alte Wille zu einer Verständigung mit Deutschland in der Gleichberechtigungsfrage sei, sei eine Äußerung des französischen Marine Ministers wiedergegeben. Solange die Deutschen, so sagte er, sich mit den ihnen durch den Versailler Vertrag auferlegten Vorbeschränkungen begnügen hätten, hätten die vorhandenen französischen Schiffbaukosten gedeckt. Nachdem die Deutschen aber die alten Schiffe durch neue erziehen, die mit allen Eigenschaften eines modernen Kriegsschiffes ausgerüstet seien, sei Frankreich gezwungen, diesem Beispiel zu folgen. Wenn Frankreich davon absehen würde, würde es auf jeglichen Einfluß zur See verzichten und seine Unabhängigkeit gefährden.

Ferner befahte sich vor dem Abschluß der englischen Unterhausrede Baldwin noch mit einer zusätzlichen Wiederaufrüstung Deutschlands, das sich dann wieder eine Luftwaffe anschaffen würde. Er erwähnte auch die in letzter Zeit besonders in Deutschland abgeleiteten Luft- und Gasabwehrmaßnahmen. Selbst wenn man die Abrüstungsfrage abschaffe, helle die Verkehrsflugfabrik immer noch eine große Gefahr dar. Es sei äußerst wichtig, daß die Staaten nach der Möglichkeit streben, die Verkehrsflugfabrik zu überwachern, um die Abrüstung der Militärflugfabrik zu ermöglichen. Ohne Zweifel müßte Deutschland, obwohl es keine Luftstreitkräfte habe, an solchen Verhandlungen beteiligt sein.

Wenn jetzt, selbst Deutschlands Wochenschriftenkreuzer und seine geklebte Luftfahrt liefern immer noch unseren Gegnern den Vorwand, um eigene Luftflotte zu begründen und Deutschland zu verdächtigen.

## Berlin zu der Londoner Erklärung

Die Parlamentsrede des englischen Außenministers über die deutsche Gleichberechtigungsforderung in der Abrüstungsfrage hat in allen politischen Kreisen größtes Aufsehen erregt. Die ganze Welt wartet nun darauf, was Deutschland zu diesen Ausführungen im Englischen Unterhaus sagen wird. In den zuständigen deutschen Stellen wird die Rede als höchst wichtig für die deutschen Forderungen bezeichnet. Zunächst ist auffallend, so wird erklärt, daß Ton und Inhalt dieser Rede ganz anders sind als in der englischen Rede vom September d. J. In diesem Unterschied im Ton läßt sich schon erkennen, welchen Fortschritt im Kampf um die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungsforderung die englische Rede bedeutet. In den zuständigen deutschen Stellen spricht man von einem gewaltigen Fortschritt. Der englische Außenminister hat sich die deutschen Forderungen — wenn auch nicht hundertprozentig — zu eigen gemacht und hat sich zu den in Betracht kommenden Fragen mit einer Genauigkeit geäußert, wie es bisher von keiner Seite des Auslands geschehen ist. Die Erklärungen des Engländers, daß

der verhängte Teil V des Versailler Vertrages bestehend und durch das geplante Genfer Abrüstungsabkommen ersetzt werden soll, wird als besonders wichtig bezeichnet. Auch über die Auswirkung der Abrüstungsbeschränkungen für Deutschland hat sich der Engländer geäußert und hat erklärt, daß die Waffen, die den anderen nicht verboten sind, auch für Deutschland nicht verboten werden sollen. In welchen Grenzen die Beschränkungen für Deutschland einzutreten sollen, darüber wurde nichts gesagt.

Der deutsche Standpunkt in der ganzen Frage bleibt unverändert, und nach wie vor fordert Deutschland eine klare Antwort auf die Frage, ob das geplante Abrüstungsabkommen in vollem Umfang auch für Deutschland gelten soll. Erst wenn von allen Mächten auf diese Frage eine klare Antwort vorliegt, dann wird Deutschland wieder Vertreter nach Genf senden.

Von den zuständigen deutschen Stellen wird auf die Ausführungen hingewiesen, in denen der englische Außenminister erklärt, Deutschland solle sich verpflichten,

keine Streitfrage mit Gewalt zu lösen.

Als Antwort darauf wird in der letzte Kanzlerrede vor der ausländischen Presse erinnert, was Herr v. Papen sagte, daß der Versailler Vertrag keinen wahren Frieden gebracht habe. Es müßte das Ziel nicht nur Deutschlands, sondern aller europäischen Mächte sein, die Bestimmungen des Versailler Vertrages, die Deutschland durch Zwang auferlegt worden, durch freiwillige Vereinbarungen zu erledigen. Dazu wird weiter betont, daß sich Deutschland die Möglichkeiten zu einer

friedlichen Revision des Versailler Vertrages durch seine irgendwie gearteten Abmachungen einschränken lasse. Auch ein Dilemma komme für Deutschland nicht in Frage. Deutschland könne nur Bindungen auf sich nehmen, die auch für die anderen gelten.

Bei allem Fortschritt, den die Rede des Engländers zeigt, darf nicht vergessen werden, daß in England nicht allein um die Gleichberechtigung gekämpft wird. Entscheidend bleibt nach wie vor die Salbung Frankreichs, und dort sind noch keine Fortschritte zu sehen.

## Frankreich noch immer gegen Gleichberechtigung?

Während aus der einladenden Stelle des englischen Außenministers hervorgeht, daß bereits zwischen England, Amerika und Italien ein Einverständnis über die Stellungnahme zu der Gleichberechtigungsforderung Deutschlands in erheblichem Maße erzielt worden ist, zeigt das, was über den französischen Abrüstungsplan in der Pariser Presse jetzt bekannt wird, daß Frankreich noch weit davon entfernt zu sein scheint, die deutsche Gleichberechtigungsforderung anzuerkennen. Der Plan ist nunmehr in allen Einzelheiten fertiggestellt. Er wird vorläufiglich Gegenstand des letzten Ansprechts im Ministerrat am Montag sein und soll am Dienstag dem Büro der Abrüstungskonferenz unterbreitet werden. Die Veröffentlichung wird dann noch am gleichen Tage in Genf und Paris gleichzeitig erfolgen.

## Der Wille Hindenburgs.

Sein Auftrag an den Kanzler.

Am 11. Nov. wurde mitgeteilt: Der Herr Reichspräsident nahm heute (Donnerstag) den Vortrag des Herrn Reichsministers von Papen über die Auffassung des Kabinetts zur innenpolitischen Lage entgegen. Der Herr Reichspräsident betonte, daß er an dem der Bildung der Regierung von Papen zugrunde liegenden Gedanken einer nationalen Konzentration auch weiterhin festhalte.

Demersprechend beauftragte er den Herrn Reichsminister, in Besprechungen mit den Führern der einzelnen in Frage kommenden Parteien festzustellen, ob und inwieweit sie gewillt seien, die Regierung in der Durchführung des in Angriff genommenen politischen und wirtschaftlichen Programmes zu unterstützen.

## Empfänge bei Papen.

Reichsminister von Papen hat den preussischen Ministerpräsidenten Otto Braun zu einer Besprechung empfangen, in der die Verträge fortgesetzt wurden, zu einer Einigung über die Auslegung des Weizsäcker-Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde, über den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekanntgegeben. Eine Einigung soll noch nicht erzielt worden sein. Man hört indessen, daß auf Wunsch des Reichsministers die Ansprache in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Die Pause in diesen Unterredungen ist durch die süddeutsche Krise des Reichsministers bedingt. Für Freitag nachmittags war ein Empfang der Lande in Berlin beim Reichsminister vorgesehen, und zwar handelte es sich um die Ministerpräsidenten Bayerns,

Sachsens, Württembergs und Badens. Die Regierungschefs dieser Länder hatten sich vorher in einer Konferenz in Würzburg über ein gemeinsames Vorgehen in dem Konflikt Reich-Preußen und in den Fragen der Reichs- und Verfassungsreform geeinigt.

Der Empfang der Parteiführer soll ebenfalls demnächst erfolgen. Man rechnet damit, daß der Reichskanzler die Abgeordneten Dr. Kaas (Zentrum), Dr. Sauerberg (Deutschnational) und Dr. Dingeldey (Deutsche Volkspartei) noch vor seinem am Sonntag in Dresden erscheinenden Reichstagesaufbruch, während der Führer der Bayerischen Volkspartei, Prälat Veit, erst nach dem Dresdener Besuch zu einer Rücksprache beim Reichskanzler erscheinen wird. Noch ganz ungewiß ist es, ob und wann die Nationalsozialisten beim Reichskanzler von Bayern erscheinen werden. Die nationalsozialistische Presse fordert nach wie vor eine Übertragung der Regierungsverantwortung an Hitler und lehnt es ab, unter einer Kanzlerschaft von Papens sich an der Regierung zu beteiligen.

#### Preußischer Landtag am 24. November.

Der Präsident des Preussischen Landtages, Kerrl, hat, wie der Preussische Präsident der NSDAP, mittel, das Parlament nämlich auf Donnerstag, den 24. November, einberufen. Die Tagesordnung wird noch festgelegt werden.

#### Neue Personalveränderungen in Dreußen

Zur Vereinfachung und Verbilligung in der Zentralverwaltung. Die kommunalfürsorgliche Regierung hat sich in einer Staatsministerialprüfung mit der Durchführung der Zweiten Verordnung zur Vereinfachung und Verbilligung der Verwaltung vom 29. Oktober d. J. beschäftigt und hierbei zunächst die erforderlichen Personalveränderungen für die höheren Beamten beschlossen. Circa 60 Beamte der verschiedenen Ministerien werden in den einflussreichen Aushilfs- und etwa 30 Beamte in andere Ministerien versetzt. Wie der Amtsliche Preussischer Staatsministerialprüfung, können im Verlauf der Durchführungsvorgängen, die am 1. Februar 1933 zum Abschluß kommen werden, in den preussischen Ministerien auch Abteilungen eingesparrt und durch Zusammenlegung und Aufhebung der Bearbeitung von einzelnen Sachgebieten etwa 140 Referate freigestellt werden. Die Einsparung der 140 Referate erfordert aber nicht die Verabschiedung der gleichen Anzahl von Referenten. Es sei vielmehr gelungen, die Zahl der betroffenen Beamten in engeren Grenzen zu halten. Natürlich trifft die Verabschiedung die in Frage kommenden Beamten besonders in der heutigen Zeit schwer. Es sei aber versucht worden, durch sorgfältige Prüfung aller einzelnen Fälle Härten zu vermeiden. Ferner sei in Erwägung gezogen, in den einflussreichen Aushilfsstellen Beamte in geeigneten Fällen später wieder in den aktiven Staatsdienst zu verwenden.

#### Einführung der Kontingentierung gefordert.

Der Vorstand der Landwirtschaftskammer für die Provinz Brandenburg und für Berlin hat an den Reichskanzler und Reichsernährungsminister ein Telegramm gerichtet, in dem dringend um die schnellste Einführung einer ausreichenden Kontingentierung der ausländischen Lebensmittelzufuhr gebeten wird, da sonst ein völliger Zusammenbruch von Land-, Forst- und Gartenwirtschaft unausföhrlich sei. Auch die beschleunigte Einführung von Umkleisöhnen die Kontingentierung nicht erleiden.

#### Bündische Jugend fordert Mitarbeit am Reichskuratorium.

Die verschiedenen Organisationen der bündischen Jugend, und zwar Bund der Arbeiter, Bunde, Deutscher Pfadfinderbund, Deutscher Pfadfinderverband, Bund der Gauken, Jungtürken, Wandervogel, Deutscher Bund und die federführende Bündische Reichsjugend, haben gemeinsam an den Reichspräsidenten eine Eingabe gerichtet. In ihr wird betont, daß die bündische Jugend während der vergangenen Jahre in der führenden Vorbereitungsphase vorangegangen sei und daher ein Anrecht darauf habe, im Reichskuratorium für Jugendberufshilfe an der Vorbereitungsphase der jungen Generation und namentlich der in den eigenen Bänden erfahrenen Jugend mitzuwirken. Der Reichspräsident wird dann gebeten, auf die zuständigen Stellen in dem Sinne einzuwirken, daß zumindest ein Vertreter der bündischen Jugend in den Beirat des Reichskuratoriums für Jugendberufshilfe berufen wird.

## Der Verfassungskonflikt im Reichsrat

Scharfe Erklärung Dr. Wechs gegen die Reichsregierung.

Der Reichsrat trat am Donnerstagsabend wieder zur Erledigung einer umfangreichen Tagesordnung zusammen. Für die Reichsregierung war Reichsinnenminister Freiherr von Gayl, der den Vorsitz führte, zusammen mit Staatssekretär Dr. Jünger und Ministerialdirektoren erschienen. Für Preußen die Ministerialdirektoren Dr. Wechs, Dr. Vadi und Dr. Gohmann. Ministerialdirektor Dr. Wechs gab vor Eintritt in die Tagesordnung namens der preussischen Staatsregierung eine Erklärung ab, in der es heißt:

Der Staatsgerichtshof hat den Vorwurf der Verletzung gegen das Land Preußen in vollem Umfange für unbegründet erklärt. Er hat die Anwendung des Art. 48 Abs. 1 nicht für unzulässig erklärt. Es gibt also keine Reichserklärung gegen Preußen. Der Staatsgerichtshof hat ferner festgestellt, daß die auf Grund des Art. 48 Abs. 2 bestellten Reichskommissare niemals Landesregierungen werden und auch niemals an die Stelle der Landesregierungen treten können. Wenn Reichskommissare Zuständigkeiten übernehmen, so können sie dies nur in einer Reihe von, das sie der Landesregierung vorübergehend aufzuschieben entschließen und sie vorübergehend auf das Reich übertragen. Die Reichsregierung führt diese grundsätzlichen Gesichtspunkte der Entscheidung des Staatsgerichtshofes nicht durch. Die Reichskommissare bezeichnen sich weiter als kommissarische Landesregierungen, also als Träger der Landesregierungen. Diese Lage berührt den Grundgedanken der Reichsverfassung, daß die preussische Regierung dem Reichsrat davon Kenntnis geben muß.

Die Reichsregierung hat ihre Maßnahmen auch als Vorgriff auf die Reichsreform zu rechtfertigen versucht. Zum mindesten hätte die Reichsregierung gleichzeitig den Entwurf eines Gesetzes über die Reichsreform dem Reichsrat an den verfassungsmäßig vorgesehenen Wege zur ordnungsmäßigen Verlesung vorlegen müssen. Die Reichsregierung hat aber mehr als drei Monate fruchtlos verstreichen lassen, ohne dies zu tun.

#### Einstellung von Kriegsschuldenszahlung.

Griechenland kann nicht mehr. Der amerikanische Sechsgangsekretär gab bekannt, daß Griechenland die fällige Schuldentrate in Höhe von 444 220 Dollar nicht bezahlt hat. Das ist der erste Fall, daß ein Land mit der Weltzahlung der Kriegsschulden in Verzug gerät. Die ungarische Regierung teilte der amerikanischen Regierung mit, daß sie wegen Mangels an Devisen die am 15. Dezember fällige Schuldentrate in Höhe von 40 729 Dollar nicht bezahlen könne.

#### Auch Frankreich bittet Amerika um Zahlungsausschub.

Der im Zusammenhang mit den französischen Schuldensahlungen an Amerika angeknüpfte Schritt der französischen Regierung in Washington ist erfolgt. Die halbamtliche Pariser Nachrichtenagentur Havas teilt in diesem Zusammenhang mit, daß die französische Regierung um einen entsprechenden Zahlungsausschub der am 15. Dezember fälligen Zahlungen ersucht und gleichzeitig um die Aufnahme von Verhandlungen über eine neue Regelung der Schuldensahlungen gebeten habe.

#### Schüsse in der Völkerbundstadt.

Miliz schießt auf sozialistische Demonstranten. In der sonst so friedlichen Völkerbundstadt Genf haben sich in dieser Nacht schwere blutige Zwischenfälle ereignet, die bisher zwölf Tote und 65 Verwundete, darunter zahlreiche Schwerverletzte, gefordert haben. Sechs der Schwerverletzten starben in Lebensgefahr. Nach den bisherigen Feststellungen haben sich die Ereignisse folgendermaßen abgelaufen: Die Union Nationale, eine bürgerliche Vereinigung, hielt eine der üblichen öffentlichen Versammlungen in einem Gebäude ab. Bereits während der Veranstaltung sammelten sich außerhalb des Saales zahlreiche sozialistische und kommunistische Gruppen an. Die Polizei hatte die üblichen Vorkehrungen getroffen und die Um-

Die preussische Staatsregierung richtet als Mitglied des Reichsrates von dieser Stelle aus nochmals an die Reichsregierung die dringende Forderung, die unbedenklichsten Sondermaßnahmen in Preußen aufzuheben, mindestens aber die Entschärfung des Staatsrechtshofes im Falle der Reichsreform durchzuführen und die Staatsministerialprüfung, die nicht nur in der Reichsregierung, sondern auch in den Landesregierungen verforert ist, selbst vorbildlich zu achten.

#### Freiherr von Gayl

nach dem die Erklärung ab, daß die ganze Angelegenheit nach Auffassung der Reichsregierung nicht vor das Forum des Reichsrates gehöre, nachdem das Urteil erlassen sei, sondern daß sie, wie das Urteil bereits festgestellt habe, Sache der Verantwortung zwischen den Beteiligten sei, also zwischen dem preussischen Staatsministerium und dem Reichskommissar für Preußen.

Der Reichskanzler, so betonte der Minister, hat als Reichskommissar in Genowart des Reichspräsidenten bereits gelegentlich seiner Ausfahrten mit dem Ministerpräsidenten Braun die lokale Durchführung des Urteils zugehört. Verhandlungen über die Einzelheiten, die zur Zeit gepflogen werden, werden demnächst in einer neuerlichen Verhandlung ihren öffentlichen beschließenden Abschluß finden. — Die Vertreter Württembergs, Sachsens, Sessens und der Rheinprovinz äußerten sich bei einer Erklärung des Reichspräsidenten an, die den unmittelbar Beteiligten (Preußen-Reich) die Regelung der Einzelheiten im Sinne einer lokalen Einigung zu überlassen forderte.

Nach Erledigung einiger Punkte der umfangreichen Tagesordnung wurde dann ein Schreiben des Reichskanzlers über die Erneuerung von Dr. Bracht und Dr. Roth zu Reichsministern ohne Geschäftsbereich auf Antrag der preussischen Vertreter dem Reichspräsidenten des Reichsrates überreicht, damit dieser die Frage der Erneuerung der Minister nach der haushaltsrechtlichen Seite hin behandeln könne.

gebung des Veranlassungsgebäudes abgeleert. Als die Kundgebungen der Massen jedoch einen immer bedrohlicheren Charakter annahmen, sah sich die Polizei gezwungen, Militär hinzuzuziehen.

Die Soldaten wurden mit wüstem Geschrei und Beschimpfungen begrüßt.

Man entließ ihnen die Waffen und kreuzte ihnen den Weg ins Gesicht. Zahlreiche Soldaten erlitten Verletzungen. Ein Offizier brach von einem Knüttel getroffen, bewußtlos zusammen. Von allen Seiten erklangen Rufe wie „Wanditen, Mölder“. Es fiel auf, daß zahlreiche Frauen an den Kundgebungen teilnahmen.

#### Tausend Todesopfer eines Orkans.

Sturm und Springflut auf Saba. Die Südpazifische Küste ist von einer schweren Sturmflut heimgesucht worden. Sturm und Springflut sollen nach den bisher vorliegenden Nachrichten 1000 Todesopfer gefordert haben. Meist in dem besonders schwer betroffenen Santa Cruz del Sur sollen 300 Leichen geborgen worden sein; weitere 400 Einwohner werden noch vermisst. Die größten Verwüstungen wurden durch die Springflut verursacht, die

sieben Meter hoch über den Strand schlug und leichte Fahrzeuge sechs bis sieben Kilometer weit in das Land hineinspülte. Die an der Küste gelegenen Wohnstätten bieten ein Bild grauenvoller Verwüstung. Unter ihren Trümmern dürften noch viele Leiden begraben sein. Boote sind gekentert, ihre Insassen ertrunken. Der Materialschaden läßt sich noch nicht übersehen.

Auch auf Fava sind mehrere Dörfer von Stürmen und von einer Windstöße heimgesucht worden. Mehr als 150 Häuser wurden zerstört und viele andere schwer beschädigt.

#### Unwetter über Kalabrien.

Ein Unwetter, das über Kalabrien niederging, hat große Verheerungen angerichtet. Die Katastrophe hat 18 Todesopfer gefordert. Mehrere Flüsse haben Schuttbänke durchbrochen. Viele Häuser wurden zerstört, mehrere Brücken zum Einsturz gebracht.



Wie wird's Wetter? Bleibt der Nebel in den Bergen hängen, wird bald schlechtes Wetter anfangen.

# Dann heißt es: Wollsachen heraus!

Kurzes Durchwäschen in kalter Perfillauge, gutes Spülen und richtiges Trocknen — schon sind wollene Sachen wieder tadellos sauber, farbenfrisch, angenehm weich und schmiegsam. Für alles Wäschbare gibt es wirklich nichts Einfacheres und Bequemereres als die ideale Perfil-Kaltwäsche. Und wie billig ist diese Pflege! Wer Wolle schön erhalten will, der pflegt sie immer mit Perfil.

## Perfil wäscht Wolle wunderbar!

**Festbankett zu Ehren Gronaus.**

Zur Weltfahrt über das Deutschtum im Ausland.

Zu Ehren des Weltfliegers Wolfgang von Gronau und seiner Befähigung veranstalteten die Dornier-Werke im Ferngartenhotel in Friedrichshagen ein Empfangsbankett. Gronau wurde in mehreren Begrüßungsansprachen geehrt und konnte die mannigfaltigen Ehrungen entgegennehmen. Im Mittelpunkt des Abends stand die Dankesansprache des Weltfliegers.

Gronau schilderte seine Erlebnisse auf der Weltfahrt und dankte allen denen, welche ihn bei der Durchführung seines Fluges unterstützt haben. Besonders in Japan habe er eine herzliche Aufnahme gefunden, wie sie beispielsweise in Deutschland sei. Mit besonderer Wärme gedachte er der A u s l a n d s d e u t s c h e n. Es gelte, darauf hinzuwirken, daß das Deutschtum im Auslande die Unterstützung erhalte, die es brauche.

**Berliner Produktentörse.**

Getreide und Ölsaaten der 1000 Kilogramm, sonst bei 100 Kilogramm in Reichsmark:

11. 11. 10. 11.	11. 11. 10. 11.
Reis, märk. 201-203 201-203	Weißst. f. Min. 9,2-9,6 9,1-9,5
dommerich. 170-180 170-180	Roggen f. Min. 8,5-8,8 8,3-8,7
Roggen, märk. 158-160 158-160	Raps — — — —
Pragererle 170-180 170-180	Winterraps 22,0-26,0 22,0-26,0
Sommergerstl. — — — —	f. Wintererbs 20,0-23,0 20,0-23,0
Wintergerstl. 162-169 162-169	Futtererbsen 14,0-16,0 14,0-16,0
Hafer, märk. 133-138 133-138	Weizen — — — —
dommerich. — — — —	Weizen — — — —
weißbrot. — — — —	Weizen — — — —
Weizenmehl — — — —	Weizen — — — —
per 100 kg — — — —	Weizen — — — —
fr. Weizen — — — —	Weizen — — — —
inf. East 24,5-27,5 24,5-27,5	Gerste — — — —
Roggenmehl — — — —	Erbsen — — — —
per 100 kg — — — —	Erbsen — — — —
inf. Weizen — — — —	Erbsen — — — —
inf. East 20,5-22,6 20,5-22,6	Erbsen — — — —

**Locales und Provinzielles.**

**Annaburg.** Vermittelt wird seit vorigen Montag die Ehefrau des Herrn Schneidermeister Bea von hier, Holzbockstr. Da alle Nachforschungen bisher ergebnislos verlaufen sind, steht zu befürchten, daß sich die Genannte ein Leid angetan hat. Frau Bea ist letztmalig von einer hiesigen Einwohnlerin vor Schneeweis gesehen worden.

\* **Annaburg.** Vor dem Torgauer Schöffengericht standen am Donnerstag die Vorgänge zur Verhandlung, in deren Verlauf der Schüler Rudi Six in der Feldstraße tödlich überfahren wurde. Angeklagt waren der Schlopperführer K. A. aus Kolonie Naumburg und der Fuhrwerksbesitzer R. H. aus Annaburg. Die Schuld der Angeklagten an dem Unfall wurde darin erblickt, daß auf dem 2. Anhänger kein Bremser saß und der Vollauf seine automatische Saug- und Aufdruckeinlage hatte. Der Staatsanwalt beantragte für beide Angeklagte wegen fahrlässiger Rinderötterung und Uebertretung der Kraftfahrzeugverordnung je einen Monat Gefängnis. Verurteilung erfolgte nur wegen Uebertretung der Kraftfahrzeugverordnung und zwar erhielten A. eine Geldstrafe in Höhe von 10 RM. und H. eine solche von 20 RM. Von der fahrlässigen Rinderötterung wurden A. und H. freigesprochen.

**Annaburg.** Vom hiesigen Stenographenverein „Stolze Schrey“ nahmen an dem in diesem Sommer abgehaltenen Bundeswettbewerb 8 Mitglieder teil. In der letzten Monatsversammlung konnte die Verteilung der Preise erfolgen. Es haben sich durch die Uebertretung der je 5 Minuten dauern-

den Diktate Preise errungen: in der Abteilung 180 Silben in der Minute Erwin Matthes einen 1. Preis, bei 160 Silben in Annemarie Rechenbach und Walter Früh je einen 1. Preis, bei 120 Silben Elisabeth Tofaute einen 1. Preis, bei 100 Silben Willy Baack einen 2. und Bruno Wille einen 3. Preis und bei 80 Silben Erich Nitz einen 1. Preis. Das Ergebnis kann als sehr zufriedenstellend bezeichnet werden.

**Wethau.** Von dem seit mehreren Tagen vermiedenen Fräulein C. B. von hier scheint nunmehr mit Bestimmtheit anzunehmen sein, daß sie den Freitod in der Elbe gesucht und gefunden hat. An der Eisenbahnbrücke in Torgau wurden verschiedene Kleidungsstücke gefunden, die als der Vermissten gehörig, festgestellt wurden. Die Leiche konnte bisher nicht gefunden werden, desgleichen ist über die Ursache des Freitodes noch nichts bekannt.

**Größtreben.** Eine seltene Beute ist dem Fischermeister Wilhelm Budewell aus Breßig (Elbe) in der hiesigen Alten Elbe ins Garn gegangen: vier Prachtexemplare der gehörnten Stiefstaucher (Pudiceps cornutus), die in Deutschland vom Oktober ab zu den seltenen Wintergästen gehören. Allen vier Gefangenen wurde die Freiheit wiedergegeben.

**Wittenberg.** Ein alter Mann wurde beim Ueberstrecken des Fahrhammes an der Ede Markt—Juristenstraße von einem in die Ede kommende Lieferwagen angefahren, so daß er einen Schädelbruch davontrug, an dessen Folgen er noch auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Es handelt sich um den 86-jährigen alten Klavierstimmer Hohenfeld, der keine Angehörigen mehr in Wittenberg hat.

**Oberschöps.** (Zwei Schleie die Beute eines Fischzuges.) Ein großes Ereignis ist für Groß und Klein alle zwei Jahre der Fischzug der Fischereigenossen im sogenannten Schwemmelde. Jeder wurde diesmal die Erwartungen enttäuscht. Nicht ein einziger Raiprin wurde gefangen, obwohl fernerzeit 500 Stück ausgelegt wurden. Gerade oder Gift können nicht die Ursache gewesen sein, da man nie einen toten Fisch bemerkt hat. Auch die Badenben im Sommer schaden nicht. So kommt nur Abwanderung oder Diebstahl in Betracht. Zum Glück für die Genossen hat die Gemeinde die Wacht des Teiches auf 75 Reichsmark ermäßigt. Damit ist die beiden Schleie, die einzige Beute des Fischzuges, recht teuer bezahlt.

**Elsterwerda.** Im Grieshammerwerk in Biehla sind heute morgen die Türen eines Kachel-Ofens, wahrscheinlich durch Ueberhitzung, aufgesprungen und trafen die vor dem Ofen arbeitende Frau Richter aus Hohenleipsch so unglücklich vor den Kopf, daß sie auf der Stelle tot war. Die polizeiliche Untersuchung ist eingeleitet.

**Rottbus.** Ein Verdict, den berichtigten Sprembanditen Heinrich Raiprid aus dem Rottbusser Gerichtsgefängnis zu befreien, mißlang. Vier Revisionen mußten die Flucht durch das eisigkalte Wasser der Spree ergreifen. Jetzt gelang es, den Kellner Fritz Schmidt aus Rottbus selbstzunehmen. Aller Wahrscheinlichkeit handelt es sich um den Täter, der vom Dache des Untersuchungsgefängnis aus die Befreiung Raiprids ausführen wollte. Schmidt hielt sich bei der Mutter des Raiprid in Blegelz auf. Seiner Festnahme verzuchte er sich durch einen Sprung aus dem Fenster zu entziehen. Einen zweiten Fluchtversuch, der gleichfalls vereitelt wurde, unternahm er im Hause des Amtsvorlebers, wo die Vernehmung stattfand. Die anderen Beteiligten an dem Befreiungsversuch dürften die Brüder des Raiprid sein, die flüchtig sind.

**Turnen, Spiel und Sport.**

**Turnwartetagung im Elbe-Elster Turngau (22).** Am morgigen Sonntag treffen sich die Turnwart und Vorturner der Vereine zu einem Männerturnfestabend in Falkenberg, mit dem eine Turnwartetagung verbunden wird. Der Vebirg soll ganz und gar im Dienst der Heranbildung vollwertiger Männer stehen; denn fürberausbildung ist immer notwendig heute mehr denn je. Daneben verfolgt die Falkenberger Tagung den Zweck, den Aufsatz für die Werbung um 15 Deutschen Turnfest in Stuttgart zu geben. Zum ersten Mal werden die Festreitungen der Turner, zu denen in Stuttgart rund 30000 Turner antreten werden, geehrt. Gauvertreter Selge-Rohlfisch spricht über Sinn und Zweck, Aufbau und Verlauf des Festes, und Gauoberturnwart Wilde-Lauchhammer wird sich über die Vorarbeiten des Elbe-Elster-Turnganges zu dem großen deutschen Turnfest verbreiten. Der Gau hat bereits für den kommenden Winter Gau- und Bezirksvereinsbeiräte in Aussicht genommen, die unter dem Leitgedanken „Alles für Stuttgart!“ stehen werden.

Am morgigen Sonntag stehen sich auf dem hiesigen Sportplatz die Studenten Annaburg-Falkenberg im Kampf um die Punkte gegenüber. Der F.-G.-A. wurde damals in Falkenberg mit 5:1 geschlagen, es ist also ein starker Gegner. Man wird deshalb sehr gespannt sein, wie der F.-G.-A. diesmal abschneiden wird. Spielbeginn 2 Uhr.

**Kino-Schau.**

**Palast-Theater.** Im Nachgang zu dem in voriger Nummer bekanntgegebenen Programm wird noch darauf hingewiesen, daß morgen nachmittag eine Rindervorstellung stattfindet. Auf dem Spielplan steht: „Die zärtlichen Verwandten“ und das gute Curoprogramm.

**— Ehret Eure deutschen Meister.** Dieses bekannte Wortli nütet eine ebenio treffende Auslegung in der Wohnung: Arbeit deutsche Erzeugnisse. In dieser Noizeit sollte eigentlich nicht nötig sein, daran zu erinnern. Jeder Hausfrau fällt es zweifellos schwer, mit den vorhandenen Mitteln ihre Wirtschaft richtig zu führen. Viele aber haben es im richtigen Haushalten schon zu einer wahren Kunst gebracht. Dabei ist ihnen das Vorhandensein preiswerter, und vor allen Dingen schmackhafter Nahrungsmittel sehr zuzustatten gekommen. Die deutsche Nahrungsmittel-Industrie hat auf diesem Gebiet ganz Hervorragendes geleistet. An Stelle des teuren Bohnenkaffees ist z. B. schon vielfach der gute Kornkaffee getreten. Aber nicht nur seines außerordentlich billigen Preffes wegen — aus 1/2 Pfund für 25 Pfennig bereitet man 100 Tassen — sondern weil er ausgezeichnet schmeckt, gesund wie das lässliche Brot und mit viel Milch den Kindern ungemein dienlich ist. Die deutsche Landwirtschaft, die der besonderen Unterstützung bedarf, liefert zum Kornkaffee die Grundstoffe. Deutsche Arbeiter stellen das Erzeugnis in musterhaft eingerichteten deutschen Fabriken her. Wer ihn verwendet, anerkennt deutschen Gemerbeffiz und ehrt damit den deutschen Meister.

**Kirchliche Nachrichten.**

Am 26. Sonntag nach Trinitatis:  
**Annaburg.** Vorm. 1/9 Uhr: Gottesdienst, Herr Pf. Schrod. Vorm. 10 1/2 Uhr: Beginn der Bahnen zu den kirchlichen Körperschaften.  
 Abends 7 Uhr: Bibelstunde.  
**Wöben.** Nachm. 3 Uhr: Gottesdienst mit Beichte und Abendmahlsfeier. Herr Pf. Diert.  
 Am Montag, den 14. Novbr.:  
**Burzien.** Vorm. 10 Uhr: Kirme-Gottesdienst.

**Markt-Kalender.**

14. Novbr.: Schrammarkt in Jessen.  
 17. Novbr.: Schweinemarkt in Annaburg.

**Wohnung**

(Stube, Kammer, Küche) Unteroffizier-Vorschule ab 1. Dezbr. 1932, zu vermieten Gegenstandsstelle.

**1 Oberwohnung,**

bestehend aus Stube, Kammer und Küche, zu vermieten. Schräder, Baumeister.



in der Spiel-Pause greift das vorsichtige Sportler zum Schutze gegen Erkältungen jeder Art zu den in über 40 Jahren bewährten

**Kaiser's Brust-Caramellen** mit den 5 Tonnen

Jetzt: Beutel 35 Pf., Dose 40 und 75 Pf.

Zu haben bei Apotheken A. Schmorde, Drogerie O. Schwarz und wo Plakate sichtbar.

**Mietverträge**

schleunigst bei Herrn. Steinbeiß.

**Steine Oberwohnung**

zum 1. Dezbr. zu vermieten Holzbockstr. 7.

**3-4 Zimmer-Wohnung**

preiswert zu vermieten. Louis Hofmann.

**Schrankpapier,**

gemustert, empfiehlt Herrn. Steinbeiß.

**Schlachtgefögel,**

Gänse, Enten, Hühner, sowie täglich vollfrische Eier

empfiehlt Wirtschaftsband Annaburg

Bergstraße 4.

**Schneuertücher**

in guter Qualität zu veranschaulichen Preislagen. Z. G. Frischje.

Bratheringe	1 Ltr.-Dose	48
Bratheringe, ohne Kopf,	ausgenommen	1 Ltr.-Dose 58
Sering i. Gelee	1 Ltr.-Dose	62
Rollmops	1 Ltr.-Dose	66
Kronsfardinen	1 Ltr.-Dose	67
Rollmops in Remoulade	1/2 Liter-Dose	56
Portug. Delfardinen	140 gr.-Dose	26

**5 Prozent Rabatt!**

**J. Kähhlig's Nachfolg.**

Inh.: Martha Müller, Mühlensir. 40.



**Für 27.-Mk.**

den eleganten Herren-Mantel

fadellos in der Verarbeitung, gediegen und mollig in Stoff und — den Zeiten entsprechend — preiswerter denn je!

Herren-Sacco-Anzüge von 18.— Mk. an

Die elegante Damen-Garderobe zu bekannt billig. Preisen

**Ernst Peschke**

Ackerstraße 16 Das Haus der guten Qualitäten!



Rad und Fern.

Zwei Jahre Zuchthaus für einen Verkehrsstreifen...

Die frühere Gattin des Landgerichtsdirektors...

Ein Sabotageakt auf der Hämmlinger Kreisbahn...

Wort an einen Mörder. In Kleingemeinschaften...

Der Tod des Einbrechers. In Stamm explodierte in...

Das Wiederaufnahmeverfahren Bullerjahr.

Der Berliner Teil des Prozesses beendet. In dem Wiederaufnahmeverfahren Bullerjahr...

Von der Kaninchenzucht (Fortsetzung)

Futter und Fütterung.

Im allgemeinen frisst ein Kaninchen alles, was auch Ochsen...

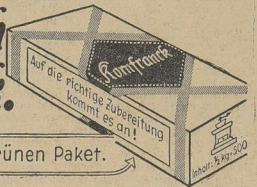
und Nachschatten, auch Blätter des Kirsch- und Pfleimenbaumes...

Grünfütter für einige Kaninchen lässt sich wohl in kleineren Ställen...

Die Zucht.

Eine Kaninchenmutter wird mit einem Wurf zwei bis fünfzehn Junge...

Die richtige Zubereitung erhöht den Genuß. Einen Eßlöffel voll Kornfrack mit einem Liter kochenden Wassers überbrühen...



Die richtige Zubereitung erhöht den Genuß. Beachten Sie deshalb den Hinweis auf dem bekanntesten grünen Paket.

Heimgelunden

Roman von M. Plant-Gismann.

2. Fortsetzung. Sie mußte lange warten, ehe ihr auf wiederholtes Rufen...

„Die gnädige Frau? — Die ist überhaupt noch nie krank gewesen — ist gesund wie ein Fisch im Wasser.“

Hoff Helling lächelte nur müde und war froh, als sie sich endlich in dem behaglichen Fremdenzimmer...



# Annaburger Zeitung

Wochenblatt für Annaburg und die umliegenden Gemeinden

Erscheint wöchentlich dreimal, am Dienstag, Donnerstag und Sonnabend, nachm. 3 Uhr. Bezugspreis wird monatlich festgestellt. Bestellungen nehmen alle Postanstalten und die Briefträger, die Zeitungsboten und die Geschäftliche Fernagentur, 3, entgegen. In Fällen höherer Gewalt, Streik, Betriebsstörung usw. erfolgt jeder Anspruch auf Lieferung bezm. Rückzahlung des Bezugspreises.

Amtliches Publikations-Organ



für Amts- und Gemeinde-Behörden

Fernsprech-Anschluss Nr. 224.

Die Anzeigengebühr beträgt für den 1 Millimeter hohen Raum 5 Goldpfennig, für ansehnlich Wohnende 7 Goldpfennig, für Anzeigen im amtlichen Teil 10 Goldpfennig, im Reklameteil 30 Goldpfennig, einschlt. Umlagesteuer. Scherzreiter und tabellarischer Satz mit Aufschlag. Anzeigenannahme bis Dienstag, Donnerstag und Sonnabend vormittags 8 Uhr. Anzeigen größeren Umfangs werden tags vorher erbeten.

Telegr.-Adresse: Zeitung Annaburgbes Halle.

Nr. 136.

Sonnabend, den 12. November 1932.

35. Jahrg.

## Bedeutende englische Erklärung in der Abrüstungsfrage Deutschlands Forderung zum Teil anerkannt

In Londoner Unterhaus gab der englische Außenminister Simon bemerkenswerte Erklärungen zur Frage der deutschen Gleichberechtigung. U. a. erklärte er: Die Frage der deutschen Gleichberechtigung verdiente die volle Aufmerksamkeit aller, die wirksam für eine Verständigung und den europäischen Frieden arbeiten wollten. Es müsse eine Zustimmung im Voraus stattfinden, auf der die Grundlage gelegt werden müsse, damit Deutschland an der Abrüstungskonferenz teilnehmen könne, zu seiner eigenen Ehre und zum Vorteil aller. Das Wichtigste an dem französischen Abrüstungsplan sei, daß er eine endgültige Bemühung darstelle, der deutschen Gleichberechtigungsforderung entgegenzukommen. Der Vorschlag, alle Wehrlandeshere in Europa auf der tatsächlichen Parität aufzubauen, sei auf jeden Fall im Sinne der Gleichheit. Er sei im Teil V des Versailles-Vertrages Deutschland und in anderen Verträgen anderen Mächten auferlegte Abrüstungsbeschränkungen seien — ob klar oder unklar — jederzeit als Mittel zur Sicherung des Friedens unter den damaligen Umständen vorgeschrieben worden. Es sei ohne Zweifel richtig, daß die Deutschland auferlegten Beschränkungen als Vorläufer einer allgemeinen Abrüstungsabstimmung betrachtet und auch so ausgedrückt werden seien. Wenn nun ein Abkommen zwischen den Nationen der Welt über eine Herabsetzung und Begrenzung der Rüstungen behandelt würde, so fordere Deutschland sehr natürlich und gerechtfertigt, daß die Begrenzungsmethoden die für Deutschland Gültigkeit hätten und künftig haben würden, ihrer Natur nach in Zukunft nicht mehr von den Begrenzungen, die für andere Staaten gelten, verschieden sein sollten. Die englische Regierung glaube, daß gleichzeitig mit einem gerechten Entgegenkommen gegenüber Deutschlands Forderung

nach Gleichberechtigung die europäischen Staaten sich in einer freierlichen Vereinbarung vereinigen sollten, daß sie unter gleichen Umständen verbunden würden irgendwelche gegenwärtigen oder zukünftigen Meinungsverschiedenheiten unter sich auf dem Wege der Gewalt lösen zu wollen. Die Anerkennung des moralischen Rechts auf Gleichheit der Behandlung mit anderen Staaten lege Deutschland gleichzeitig mit anderen Ländern die Pflicht auf, sich dieser Verpflichtung zu unterziehen. In der Annahme, daß eine solche Verpflichtung abgelehnt werde, wünsche er, Simon, die Meinung seiner Regierung dahin klarzulegen, daß der deutschen Gleichberechtigungsforderung entgegengekommen werden soll.

Simon wies dann abschließend auf folgende wichtigen Punkte hin: Nach seiner Meinung müßten die künftigen deutschen Rüstungsbeschränkungen in derselben Weise und unter denselben Umständen unterliegen, wie die anderen Staaten unterliegen. Das heiße, daß die Rüstungsbeschränkungen des Teiles V des Versailles-Vertrages abgelehnt werden sollten.

Die englische Regierung sei ferner der Ansicht, daß die neuen Bestimmungen für die Rüstung Deutschlands denselben Revisionsmethoden und derselben Dauer wie die aller anderen Staaten unterliegen. Es wäre keine praktische Politik, wollte man jetzt eine ständige Beschränkung für ein großes Volk vorschreiben, während man für die anderen Staaten nur eine sehr begrenzte Geltungsdauer fordere.

Deutschland habe erklärt, daß es nicht wieder aufrüsten wolle und lediglich die Anerkennung des Grundgesetzes wünsche, daß die den anderen Ländern erlaubten Waffenbeschränkungen nicht ihm selbst verboten seien. Dieser Grundfals müsse in der neuen Vereinbarung anerkannt werden. Wie er angewandt werden solle, müsse in Genf erörtert werden. Es sei durchaus wichtig, daß Deutschland an diesen Besprechungen teilnehmen.

Was den Wortlaut des französischen Planes angeht, so glaubt man in der französischen Presse darauf hinweisen zu müssen, daß an keiner Stelle die Rede von einer Rüstungs-gleichheit sei. Der französische Plan erkläre die Gleichheit der Schätzungen in der Abrüstungsfrage, nicht aber die zahlenmäßige Gleichheit dieser Rüstungen.

Es könne z. B. unter keinen Umständen die Rede von einer Wiederaufrüstung Deutschlands sein. Gerechtigkeit ermahne die Gleichheit, unter dem Vorwand der Gleichberechtigung zu Lande, zu Wasser oder in der Luft eine Streitmacht zu besitzen, die derjenigen irgend-einer anderen Macht gleichkomme.

Trotzdem wird die Reichsregierung erst die Veröffentlichung der französischen Vorschläge abwarten müssen, ehe sie erneut Stellung nimmt zu der Frage, ob Deutschland wieder nach Genf gehen soll.

Als Beitrag dazu, wie weit in gewissen politischen Kreisen des Auslandes noch der gute Wille zu einer Verständigung mit Deutschland in der Gleichberechtigungsfrage besteht, sei eine Mitteilung des französischen Marine-ministers wiedergegeben. Solange die Deutschen, so sagte er, sich mit den ihnen durch den Versailles-Vertrag auferlegten Beschränkungen begnügen hätten, hätten die verhandelten französischen Schritte ausgereicht. Nachdem die Deutschen aber die alten Schritte durch neue erliegen, die mit allen Eigenschaften eines modernen Kriegsschiffes ausgerüstet seien, sei Frankreich gezwungen, diesem Beispiel zu folgen. Wenn Frankreich davon absehen würde, würde es auf jeglichen Einfluß zur See verzichten und seine Unabhängigkeit gefährden.

Ferner befaßte sich vor dem Abschluß der englischen Unterhausansprache Baldwin noch mit einer „möglichen Wiederaufrüstung“ Deutschlands, das sich dann wieder eine Luftwaffe anschaffen würde. Er erwähnte auch die in letzter Zeit besonders in Deutschland abgeleiteten Luft- und Gas-schiffbauungen. Erfolg wenn man die Militärflugzeuge abschaffe, helle die Verkehrs-luftfahrt immer noch eine große Gefahr dar. Es sei äußerst wichtig, daß die Staaten nach der Möglichkeit streben, die Verkehrs-luftfahrt zu überwachen, um die Abrüstung der Militärflugkraft zu ermöglichen. Ohne Zweifel müßte Deutschland keine Luftstreitkräfte habe, an solchen

## Berlin zu der Londoner Erklärung

Die Parlamentsrede des englischen Außenministers über die deutsche Gleichberechtigungs-forderung in der Abrüstungsfrage hat in allen politischen Kreisen größtes Aufsehen erregt. Die ganze Welt wartet nun darauf, was Deutschland zu diesen Anschuldigungen im Englischen Unterhaus sagen wird. An den zuständigen deutschen Stellen wird die Rede als gütig für die deutschen Forderungen bezeichnet. Zunächst ist auffallend, so wird erklärt, daß Ton und Inhalt dieser Rede ganz anders sind als in der englischen Note vom September d. J. In diesem Unterschied im Ton läßt sich schon erkennen, welchen Fortschritt im Kampf um die Anerkennung der deutschen Gleichberechtigungs-forderung die englische Rede bedeutet. An den zuständigen deutschen Stellen spricht man von einem gewaltigen Fortschritt. Der englische Außenminister hat sich die deutschen Forderungen — wenn auch nicht hundertprozentig — zu eigen gemacht und hat sich zu den in Betracht kommenden Fragen mit einer Genauigkeit geäußert, wie es bisher von keiner Seite des Auslandes geschehen ist. Die Erklärungen des Engländers, daß

keine Streitfrage mit Gewalt. Als Antwort darauf wird in der letzten ausländischen Presse erinnert, wo daß der Versailles-Vertrag keinen Wahnsinn habe. Es müsse das Ziel nicht nur durch alle europäischen Mächte sein, die Versailles-Vertrages, die Deutschland erlesen wurden, durch freiwillige Gen zu ersehen. Dazu wird weiter betont die Möglichkeit zu einer freilichigen Revision des Versailles-Vertrages durch keine irgendwem gearteten Abmachung. Auch ein Diktatoranform nicht in Frage. Deutschland könne sich nehmen, die auch für die anderen Mächte, daß allen Fortschritt, den die Welt jetzt, darf nicht vernein werden, daß allein aus die Gleichberechtigung schwebend bleibt nach wie vor die reichs, und dort sind noch keine

## Frankreich noch immer Gleichberechtigung

Während aus der einladenden Außenministers hervorzuheben scheint, England, Amerika und Italien nehmen über die Stellungnahme zu Abrüstungs-forderung Deutschlands in Betracht worden ist, zeigt das, was über den französischen Abrüstungsplan in der Pariser Presse jetzt bekannt wird, daß Frankreich noch weit davon entfernt zu sein scheint, die deutsche Gleichberechtigungs-forderung anzuerkennen. Der Plan ist nimmere in allen Einzelheiten fertiggestellt. Er wird voraussichtlich Gegenstand einer letzten Aussprache im Ministerrat am Montag sein und soll am Dienstag dem Büro der Abrüstungskonferenz unterbreitet werden. Die Veröffentlichung wird dann auch am gleichen Tage in Genf und Paris gleichzeitig erfolgen.

## Bille Hindenburgs.

Auftrag an den Kanzler. mitgeteilt: Reichspräsident nahm heute (Donnerstag) dem Reichstanzlers von Papen über des Kabinetts zur innenpolitischen Lage der Reichspräsident berichte, daß er an der Regierung von Papen zugrunde einer nationalen Kongress-einrich festhalte.

## Verhandlungen bei Papen.

von Papen hat den preußischen Landen Otto Braun zu einer Besprechung, in der die Verhandlungen fortgesetzt wurden, zu einer Einigung über die Auslegung des Leipziger Urteils zu kommen. Die Unterredung dauerte über eine Stunde; über den Inhalt der Besprechung wird offiziell nichts bekanntgegeben. Eine Einigung soll noch nicht erzielt worden sein. Man hört indessen, daß auf Wunsch des Reichstanzlers die Aussprache in der nächsten Woche fortgesetzt werden soll. Die Punkte in diesen Unterredungen ist durch die süddeutsche Presse des Reichstanzlers bedingt. Mit Freitag nachmittag war ein Empfang der Landen im Reichstanzler vorgesehene, und zwar handelte es sich um die Ministerpräsidenten Bayerns,